Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/632

21. 02. 95

Antwort

der Bundesregierung

auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Rolf Kutzmutz, Dr. Christa Luft und der weiteren Abgeordneten der PDS
— Drucksache 13/377 —

Aktivitäten der Bundesregierung innerhalb des Aktionsplanes des Europäischen Rates zum Weißbuch „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung"

Vorbemerkung

Im Anschluß an die Empfehlungen des Weißbuchs über Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit und Beschäftigung der Europäischen Kommission hat die Bundesregierung ein Aktionsprogramm für mehr Wachstum und Beschäftigung vorgelegt. Durch eine entschlossene Fortsetzung der Haushaltskonsolidierung und eine Rückführung der Staatstätigkeit, eine wachstumsfreundliche Umgestaltung der Steuer- und Abgabenstruktur, die Förderung von Existenzgründungen im Mittelstand, den Abbau von Überregulierung, die Erweiterung des arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums sowie die Stärkung der technologischen Basis soll ein beschäftigungsintensives Wachstum erreicht werden.

Auf den Europäischen Räten in Korfu und Essen im vergangenen Jahr sind die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union übereingekommen, daß die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit in den Mitgliedstaaten fortgesetzt werden muß. Zwar hat der sich verstärkende Aufschwung erste Besserungstendenzen am Arbeitsmarkt bewirkt. Gleichwohl kann die Lösung der bestehenden Beschäftigungsprobleme nicht allein vom konjunkturellen Erholungsprozeß erwartet werden. Daher ist weiterhin eine Politik struktureller Reformen notwendig, die zur Verbesserung der Wettbewerbsfähigfkeit und zum Abbau von Wachstumshemmnissen beiträgt.

Die Antwort wurde namens der Bundesregierung mit Schreiben des Bundesministeriums für Wirtschaft vom 17. Februar 1995 übermittelt.
Die Drucksache enthält zusätzlich – in kleinerer Schrifttype – den Fragetext.

Bei der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit geht es nicht nur um die Sicherheit bestehender Arbeitsplätze, sondern auch darum, neue Arbeitsplätze zu schaffen, die vor allem im privaten Sektor entstehen müssen. Darauf hat der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zu Recht in seinem letzten Jahresgutachten (Drucksache 13/26 vom 21. November 1994) hingewiesen. Aufgabe der Wirtschaftspolitik ist es nicht, die Entwicklung am Arbeitsmarkt durch amtliche Prognosen zu beeinflussen, sondern geeignete Rahmenbedingungen zu gewährleisten, um die Wachstumskräfte zu stärken.

Eine Strategie für mehr Beschäftigung erfordert auch die Fortsetzung der zurückhaltenden Lohnpolitik der autonomen Tarifvertragsparteien, die im vergangenen Jahr zur Trendwende am Arbeitsmarkt wesentlich beigetragen hat. Ebenso ist eine marktgerechte Lohndifferenzierung nach Regionen, Qualifikationen und Sektoren erforderlich.

Das wirtschafts- und beschäftigungspolitische Konzept der Bundesregierung ist ausführlich im Jahreswirtschaftsbericht 1995 (vgl. Drucksache 13/370) dargestellt. Vor diesem Hintergrund beantwortet die Bundesregierung die Kleine Anfrage, wobei zahlreiche Fragen im Sachzusammenhang gemeinsam beantwortet werden.

Das Weißbuch der Europäischen Kommission „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" sieht vor, bis zum Ende des Jahrhunderts 15 Millionen Arbeitsplätze zu schaffen.

Die Bundesregierung hat in der Antwort auf die Kleine Anfrage von Abgeordneten der PDS zur Verwirklichung der Vorhaben des Weißbuches der Europäischen Kommission „Wachstum, Wettbewerbsfähigkeit, Beschäftigung" (Drucksache 13/93) auf die Punkte des Weißbuches mit besonderer Bedeutung

- Förderung von Reformen in den Mitgliedstaaten zur Verbesserung der Effizienz der Beschäftigungssysteme;
- konkrete Maßnahmen im Hinblick auf die Ausschöpfung des Beschäftigungspotentials kleiner und mittlerer Unternehmen;
- verstärkte Koordinierung der Forschungspolitik;
- Nutzung der Möglichkeiten und Chancen, die die Informationsgesellschaft bietet;
- Durchführung transeuropäischer Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Energie

und den Aktionsplan des Europäischen Rates verwiesen, der Empfehlungen für Maßnahmen auf Gemeinschaftsebene und auf der Ebene der Mitgliedstaaten enthält. „Diesen ist es überlassen, sie im Rahmen ihrer Politik und mit den für ihre jeweilige Lage am besten geeigneten Mitteln durchzusetzen."

1. Wie viele Arbeitsplätze sind bis zum Ende des Jahrhunderts in Deutschland gefährdet, und wie viele werden nach Ansicht der Bundesregierung wegfallen?

2. Auf welche Branchen verteilen sich die Gefährdungen und der Wegfall von Arbeitsplätzen bis zum Ende des Jahrhunderts in Deutschland?

3. Wie viele Arbeitsplätze sollen in Umsetzung des Aktionsplanes des Europäischen Rates bis zum Ende des Jahrhunderts in Deutschland geschaffen werden, und was unternimmt die Bundesregierung dazu?

   Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

4. Mit welcher Arbeitslosenzahl rechnet die Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts in Verwirklichung der Maßnahmen des Weißbuches in der Europäischen Gemeinschaft und im Ergebnis ihrer Anstrengungen in Deutschland?

Wie viele Arbeitsplätze bis zum Jahr 2000 in Deutschland gefährdet sind oder neu geschaffen werden, läßt sich nicht exakt quantifizieren. Im marktwirtschaftlichen Strukturwandel fallen ständig unrentable Arbeitsplätze weg, während wettbewerbsfähige Arbeitsplätze neu entstehen. Vor allem eine kräftige Investitionstätigkeit schafft rentable Arbeitsplätze, dagegen ist eine Investitionsschwäche mit einer ungünstigen Beschäftigungsentwicklung verbunden. Die Bundesregierung erstellt daher weder für die Gesamtwirtschaft noch für einzelne Sektoren oder Branchen langfristige Prognosen über die Beschäftigungs- oder Arbeitslosenentwicklung. Auch der Aktionsplan des Europäischen Rates von Brüssel sieht lediglich vor, die Zahl der Arbeitslosen in Europa bis zum Ende des Jahrhunderts erheblich zu verringern. Aus Sicht der Bundesregierung wäre es zudem sehr problematisch, wenn mit amtlichen Prognosen auf das unternehmerische Verhalten und auf Marktanpassungsstrategien Einfluß genommen würde und damit die klaren Grenzen zwischen staatlicher und unternehmerischer Verantwortlichkeit verwischt würden.

5. Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Schwerpunkt des Weißbuches „Verbesserung der Effizienz der Beschäftigungssysteme" bis zum Ende des Jahrhunderts in der Europäischen Union, und wie viele in Deutschland geschaffen?

   Was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen dieses Schwerpunktes?

   Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

6. Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Schwerpunkt des Weißbuches „Konkrete Maßnahmen im Hinblick auf die Ausschöpfung des Beschäftigungspotentials kleiner und mittlerer Unternehmen" bis zum Ende des Jahrhunderts in der Europäischen Union, und wie viele in Deutschland geschaffen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen dieses Schwerpunktes?

   Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

7. Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Schwerpunkt des Weißbuches „Verstärkte Koordinierung der Forschungspolitik" bis zum Ende des Jahrhunderts in der Europäischen Union, und wie viele in Deutschland geschaffen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen dieses Schwerpunktes?

   Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

8. Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Schwerpunkt des Weißbuches „Nutzung der Möglichkeiten und Chancen, die die Informationsgesellschaft bietet" bis zum Ende des Jahrhunderts in Deutschland geschaffen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen dieses Schwerpunktes?

   Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

9. Wie viele Arbeitsplätze sind im Zusammenhang mit der Informationsgesellschaft in Deutschland gefährdet, und wie viele werden nach Ansicht der Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts wegfallen?

Das Weißbuch enthält keine konkreten Angaben über die quantitativen Beschäftigungswirkungen durch die Verbesserung der Effizienz der Beschäftigungssysteme, die Ausschöpfung des Potentials kleiner und mittlerer Unternehmen, durch verstärkte

Forschungspolitik oder die Nutzung der Möglichkeiten der Informationsgesellschaft. Angesichts des dynamischen Strukturwandels in den einzelnen Bereichen, der mit Substitutions- und Rationalisierungsprozessen verbunden ist, können von der Bundesregierung keine quantitativen Aussagen über die Zahl neuer oder gefährdeter Arbeitsplätze getroffen werden.

Es ist aber davon auszugehen, daß mit der Umsetzung der mittelfristigen Strategie des Weißbuchs per saldo deutlich mehr Arbeitsplätze entstehen als verloren gehen.

10. Wie viele Arbeitsplätze werden durch den Schwerpunkt des Weißbuches „Durchführung transeuropäischer Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Energie" bis zum Ende des Jahrhunderts in der Europäischen Union, und wie viele in Deutschland geschaffen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Umsetzung und Finanzierung der Maßnahmen dieses Schwerpunktes?

    Wie viele Arbeitsplätze sollen im konkret im Aktionsplan vereinbarten Zeitraum jeweils geschaffen werden?

11. Bei den Beschlüssen des Gipfeltreffens des Europäischen Rates in Essen wurde den Transeuropäischen Netzen besondere Bedeutung für „die kurzfristige Schaffung von Arbeitsplätzen" beigemessen, die Zahl der Großprojekte wurde auf 14 erhöht.

    Welche Arbeitsplatzwirkungen gehen von den einzelnen Projekten

    - Modernisierung der Schienenverbindung zwischen London, Manchester und Glasgow,
    - Straßen-Transversale von Irland über Großbritannien in die Benelux-Staaten,
    - Verbesserung der Verkehrsverbindungen zwischen Norwegen, Schweden und Finnland,
    - Elektrizitätsverbundnetze zwischen Italien und Griechenland, zwischen Frankreich und Italien, zwischen Frankreich, Spanien und Portugal, zwischen dem Osten und dem Westen Dänemarks,
    - Ausbau der Erdgasnetze in Griechenland, in Portugal,
    - Gasverbundnetz zwischen Spanien und Portugal

    im einzelnen tatsächlich aus?

    Wie ist der Stand der jeweiligen Realisierung und Finanzierung?

12. Welchen Stand hat die Realisierung und Finanzierung der Hochgeschwindigkeitsbahn von Paris nach Amsterdam und Köln?

    Welche Arbeitsplatzwirkungen sind mit dieser Strecke verbunden?

    Werden verkehrspolitische Alternativen zur Hochgeschwindigkeitsbahn untersucht?

13. Welchen Stand hat die Realisierung und Finanzierung der Strecke Aachen – Lüttich?

    Welche Arbeitsplatzwirkungen sind mit dieser Strecke verbunden?

14. Gibt es Untersuchungen zur privaten (Vor-)Finanzierung für deutsche Beteiligungen der Projekte transeuropäischer Netze?

15. Wie viele Arbeitsplätze wurden in den regelmäßigen Abrechnungen des Aktionsplanes jeweils durch die einzelnen Schwerpunkte tatsächlich geschaffen?

16. Wie viele Arbeitsplätze sind in Durchführung transeuropäischer Vorhaben in den Bereichen Verkehr und Energie in Deutschland gefährdet, und wie viele werden nach Ansicht der Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts wegfallen?

Die Bundesregierung mißt dem Auf- und Ausbau der Transeuropäischen Netze (TEN) große Bedeutung bei. Diese Maßnahmen

können nicht nur einen wichtigen Beitrag zum Zusammenwachsen Europas, sondern auch zur Verringerung der Arbeitslosigkeit innerhalb der Europäischen Union leisten. Es ist vor allem Aufgabe der Privatwirtschaft, sich den damit verbundenen Herausforderungen zu stellen und die erforderlichen Initiativen für die Finanzierung zu ergreifen (vgl. Jahreswirtschaftsbericht 1995, Nr. 97, Drucksache 13/370).

Konkrete Zahlen über die bei der Umsetzung der Transeuropäischen Netze entstehenden Arbeitsplätze liegen der Bundesregierung nicht vor, ebensowenig eine Zurechnung auf bestimmte Projekte.

Zu den Energieprojekten wird darauf hingewiesen, daß der Stand der jeweiligen Realisierung und Finanzierung bei den einzelnen Projekten unterschiedlich ist. Während z. B. bei der Stromleitungsverbindung zwischen Frankreich und Spanien auf spanischer Seite die Arbeiten bereits größtenteils abgeschlossen werden konnten und zur Einführung von Erdgas in Portugal bereits 80 % der Konstruktionsaufträge vergeben wurden, sind bei der Stromleitungsverbindung zwischen Italien und Griechenland und für die Ost-West-Verbindung in Dänemark noch Finanzierungsfragen zu klären. In Deutschland werden Transeuropäische Energienetze ausschließlich privat finanziert.

Zu den Verkehrsprojekten ist hervorzuheben, daß der Ausbau der Strecke Köln – Aachen weitestgehend bis zum Jahr 2000 realisiert werden soll. Eine entsprechende Finanzierungsvereinbarung zwischen der Deutschen Bahn AG und der Bundesregierung ist in Vorbereitung. Der Ausbau dieser Strecke im Rahmen der Schnellbahnverbindung Paris – London/Brüssel – Köln/Amsterdam stellt eine umweltfreundliche Alternative zum Straßen- und Luftverkehr dar. Zum Ausbau der Strecke Lüttich – belgische/deutsche Grenze ist bekannt, daß die belgische Regierung und die EU-Kommission gemeinsame Anstrengungen zur Sicherung der Finanzierung unternehmen. Die Bundesregierung sieht keine Möglichkeit einer direkten finanziellen Beteiligung.

Für die Realisierung von Maßnahmen insbesondere in Verkehrsknotenpunkten, die Bestandteil des Transeuropäischen Verkehrsnetzes sind, ist ebenfalls ein starkes privates Engagement erforderlich. Eine Ausweitung der laufenden Pilotprojekte zur Privatfinanzierung von Verkehrsinfrastrukturvorhaben, die vom Deutschen Bundestag bisher gebilligt wurden, bleibt abzuwarten.

17. Das Prognos-Institut Basel geht davon aus, daß bis zum Jahr 2000 im Maschinenbau 25 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen, die es 1991 gab.

    Wie viele Arbeitsplätze sind nach Einschätzung der Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts im Maschinenbau in Deutschland gefährdet, und wie viele werden wegfallen?

    Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Prognos-Institutes?

18. Welche Schwerpunkte des Weißbuches und des Aktionsplanes werden sich in welchem Umfang auf die Beschäftigungsentwicklung im Maschinenbau auswirken?

19. Das Prognos-Institut Basel geht davon aus, daß bis zum Jahr 2000 im Straßenfahrzeugbau 19 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen, die es 1991 gab.

    Wie viele Arbeitsplätze sind nach Einschätzung der Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts im Straßenfahrzeugbau in Deutschland gefährdet, und wie viele werden wegfallen?

    Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Prognos-Institutes?

20. Welche Schwerpunkte des Weißbuches und des Aktionsplanes werden sich in welchem Umfang auf die Beschäftigungsentwicklung im Straßenfahrzeugbau auswirken?

21. Das Prognos-Institut Basel geht davon aus, daß bis zum Jahr 2000 in der Elektrotechnik 11 Prozent der Arbeitsplätze wegfallen, die es 1991 gab.

    Wie viele Arbeitsplätze sind nach Einschätzung der Bundesregierung bis zum Ende des Jahrhunderts in der Elektrotechnik in Deutschland gefährdet, und wie viele werden wegfallen?

    Wie beurteilt die Bundesregierung die Einschätzung des Prognos-Institutes?

22. Welche Schwerpunkte des Weißbuches und des Aktionsplanes werden sich in welchem Umfang auf die Beschäftigungsentwicklung in der Elektronik auswirken?

Die Einschätzung des Prognos-Institutes über die im Maschinenbau, im Straßenfahrzeugbau und in der Elektrotechnik gefährdeten und wegfallenden Arbeitsplätze ist angesichts ihres Zeithorizonts bis zum Jahr 2000 mit großer Unsicherheit behaftet. Nicht zuverlässig abschätzbar sind z. B. die bis dahin eingetretenen konjunkturellen und strukturellen Veränderungen der Gesamtwirtschaft, der Wandel in der internationalen Arbeitsteilung oder brancheninterne Entwicklungen.

Die Bundesregierung geht davon aus, daß die an Fahrt gewinnende Weltkonjunktur sich positiv auf Maschinenbau und Fahrzeugbau auswirkt, ist doch Deutschland einer der wichtigsten Anbieter von Investitionsgütern. Der Aufbau der Transeuropäischen Netze in den Bereichen Verkehr, Energie und Telekommunikation wird spürbare Beschäftigungseffekte in der Elektrotechnik und Elektronikindustrie auslösen.



Druck: Thenée Druck, 53113 Bonn, Telefon 91781-0
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon (02 28) 3 82 08 40, Telefax (02 28) 3 82 08 44
ISSN 0722-8333